

Thema der Woche

WKÖ unterstützt heimische Unternehmen gezielt bei Brexit-Vorbereitungen - mit oder ohne „Deal“

In Kürze

Ein Jahr CETA - erste positive Auswirkungen zu vermelden
Effizientere öffentliche Arbeitsverwaltungen können Fachkräftemangel bekämpfen helfen

Neues aus der Kommission

Ideen zur Reform der WTO: Internationales Forum als Garant weltweit geltender Handelsregeln für Unternehmen unerlässlich
Wasserrahmenrichtlinie praxistauglicher gestalten

Neues aus dem Rat

Erneuerbare Energien – Österreichs Unternehmen als Spitzenreiter

Neues aus dem Gerichtshof der EU

Urteil: Besonderer Risikoschutz für stillende Arbeitnehmerinnen, die teilweise nächtliche Schichtarbeit verrichten

Neues aus anderen Bereichen

Bessere Vernetzung zwischen Europa und Asien - Partnerschaftliche Kooperation auf Augenhöhe zum beiderseitigen Nutzen wichtig

Statistik der Woche

Österreich hat fünfthöchste Quote an freien Jobs in EU – WKO unterstützt Betriebe im Kampf gegen Fachkräftemangel

Veranstaltungen

„Verlässliche Verkehrssysteme für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft“ am 25. September in Wien

Jobs+Jobs+Jobs

LISA sucht IT Officer und Senior IT Officer

EU-Agenda

EU-Kommission: nächste Sitzung entfällt

EU-Parlament: Ausgewählte Ausschüsse der kommenden Woche

EU-Rat: Ausgewählte Tagungen der kommenden Woche

EU-Kommission: Ausgewählte laufende Konsultationen

Impressum

EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich
Av. de Cortenbergh 30
B-1040 Brüssel
Telefon: +32 2 286 58 80
Internet: wko.at/eu

Redaktion:
Franziska Annerl
E-Mail: Franziska.Annerl@eu.austria.be



Folgen Sie uns auf facebook

Wenn Sie das EU-Panorama regelmäßig zugeschickt bekommen wollen oder sich vom Verteiler streichen lassen möchten, mailen Sie bitte an:
eu@eu.austria.be

Thema der Woche

WKÖ unterstützt heimische Unternehmen gezielt bei Brexit-Vorbereitungen – mit oder ohne „Deal“

Der geplante EU-Sondergipfel zum **Brexit** im November wird nur stattfinden, wenn es bis zum regulären EU-Gipfel in vier Wochen genug Fortschritte bei den Verhandlungen gibt. Dies wurde am Donnerstag nach der **informellen Tagung** der EU-Staats- und Regierungschefs in Salzburg bestätigt. Das Austrittsabkommen ist zwar zu rund 80 Prozent bereits ausverhandelt. Offen ist jedoch nach wie vor, wie eine harte Grenze zwischen Irland und Nordirland vermieden werden soll. Auch die Frage der Streitbeilegung und die Überwachung des Austrittsabkommens sind ungeklärt.



Entsprechend der Leitlinien des Europäischen Rates (Art. 50) kann das Austrittsabkommen aber nur in seiner Gesamtheit abgeschlossen werden („nothing is agreed until everything is agreed“). Die Wahrscheinlichkeit, dass das Vereinigte Königreich die EU ohne ratifiziertes Austrittsabkommen verlässt, hat sich aufgrund der unsicheren innenpolitischen Situation im Vereinigten Königreich in den letzten Wochen erhöht. Die Kluft zwischen den Befürwortern eines „soft vs. hard Brexit“ wird immer breiter.

Wirtschaftlich wird der Brexit den Briten mehr schaden als der EU, denn die EU27 sind mit Abstand der größte Handelspartner des Vereinigten Königreichs. Etwa die Hälfte des britischen Außenhandels wird mit der EU abgewickelt (47,6 Prozent Exporte in EU, 51,9 Prozent Importe aus EU). Umgekehrt sind nur rund 6,6 Prozent aller EU-Warenexporte für das Vereinigte Königreich bestimmt bzw. stammen nur 4,3 Prozent der EU-Importe aus dem UK. Auch Österreich profitierte bisher stark vom freien Zugang zum britischen Markt. Einerseits direkt durch den Handel von Waren und Dienstleistungen, aber auch indirekt als Zulieferer an große Exportunternehmen, wie etwa in der deutschen Automobilindustrie. Voraussichtlich wird der volkswirtschaftliche Schaden eines Brexit aber im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten geringer spürbar sein: Das ifo-Institut geht je nach Szenario von einem Rückgang des realen BIPs pro Kopf bis 2030 von 0,1-0,2 Prozent aus. Immer wieder genannte Problembereiche für österreichische Unternehmer im Falle eines Brexit sind allfällige Zölle, ungerechtfertigte nichttarifäre Handelshemmnisse, Ende der gegenseitigen Anerkennung technischer Normen, Standards und Berufsausbildung, Probleme bei der Verfügbarkeit von Fachkräften und Entsendungen, mangelnde Rechtssicherheit und -durchsetzung sowie Wechselkursschwankungen.

Welche Auswirkungen die noch zu verhandelnde neue Wirtschaftspartnerschaft haben wird, kann derzeit nicht abgeschätzt werden. Eines ist aber klar: Außerhalb des Binnenmarktes und der Zollunion ist mit dem Vereinigten Königreich kein reibungsloser Handel mehr wie bisher möglich. Unsere Unternehmen müssen dann mit Zollformalitäten wie Zollkontrollen, Zollanmeldungen, Ursprungsregeln und Beschränkungen rechnen. Mit dem Brexit verliert das Vereinigte Königreich den Zugang zu sämtlichen EU-Handelsabkommen mit Drittstaaten und damit auch den präferenziellen Zugang zu diesen Partnerländern. Mit dem Austritt gibt es auch keine gemeinsamen Regelungen zur Einhaltung von Produktstandards mehr. Auch die EU-Mehrwertsteuerrichtlinie verliert ihre Gültigkeit für Geschäfte zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich. Das Vereinigte Königreich möchte auch ein neues Zuwanderungssystem mit neuen Regeln für Aufenthaltsgenehmigungen und

Inhaltsverzeichnis

Arbeitserlaubnisse schaffen. Die Wirtschaftskammer unterstützt alle Betriebe bei den Vorbereitungsmaßnahmen durch eine gezielte **Informationskampagne** und steht mit Rat und Tat zur Seite. So wird z.B. das **Aussenwirtschaftscenter London** ab Herbst Webinare zum Brexit veranstalten. Eine spezielle **Informationswebsite** gibt Auskunft zu handels- und zollrechtlichen Aspekten. **“Next stop Brexit“** informiert Unternehmen auf Deutsch und Englisch, wie sie sich am besten auf eine EU ohne das VK vorbereiten. Denn bei aller Unklarheit ist eines sicher: Der Brexit wird kommen – mit oder ohne „Deal“.

Ansprechpartnerin: **Franziska Annerl**

Inhaltsverzeichnis



In Kürze

Ein Jahr CETA – erste positive Auswirkungen zu vermelden

Am 21. September 2017 ist das umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen (**CETA**) zwischen der EU und Kanada vorläufig in Kraft getreten. Die **Kommission** vermeldete, dass es bereits **erste Anzeichen dafür** gibt, dass sich das **Abkommen positiv auf die Handelsbeziehungen** zwischen den zwei Partnern ausgewirkt hat. Neue Statistiken für den Zeitraum von Oktober 2017 bis Juni 2018 zeigen, dass die europäischen Exporte nach Kanada im Jahresvergleich um über 7 Prozent gestiegen sind. Auch heimische Unternehmen profitieren: Von Oktober 2017 bis März 2018 beliefen sich die **österreichischen Kanada-Exporte** auf 604,8 Millionen Euro. Das entspricht einem **Exportplus von knapp 21 Prozent** gegenüber der Vergleichsperiode 2016/2017. **CETA** ist das bislang ehrgeizigste und fortschrittlichste Handelsabkommen der EU und führt zu einer gegenseitigen Öffnung der Märkte, dem Abbau unnötiger Bürokratie sowie Erleichterungen des Handels mit Waren und Dienstleistungen und vermehrten Investitionen. Auch wenn viele Maßnahmen und Markteintrittserleichterungen erst über die nächsten Jahre in Kraft treten oder ausgearbeitet werden, erwartet die WKÖ durch CETA einen **wichtigen Impuls für die österreichische Exportwirtschaft**. Hierunter fällt insbesondere die Reduktion technischer Handelshemmnisse, die wesentliche Kostenvorteile für österreichische Exporte nach Kanada bringen wird.

Effizientere öffentliche Arbeitsverwaltungen können Fachkräftemangel bekämpfen helfen

Die Europäische Kommission hat eine **Konsultation** zur Einrichtung des europäischen Netzwerks der öffentlichen Arbeitsverwaltungen gestartet. Alle betroffenen Bürger, Organisationen und Behörden können bis 13. Dezember ihre Meinung abgeben. Öffentliche Arbeitsverwaltungen bringen Arbeitssuchende und Arbeitgeber zusammen. Effizientere und besser vernetzte Arbeitsverwaltungen könnten helfen, Probleme wie den Fachkräftemangel zu bekämpfen. **WKÖ-Präsident Harald Mahrer** betonte nach dem Jobgipfel der Bundesregierung, dass alle Maßnahmen hilfreich seien, die Angebot und Nachfrage am österreichischen Arbeitsmarkt besser zusammen bringen. Dazu zähle auch, die überregionale Vermittlung auszubauen.

Inhaltsverzeichnis

Neues aus der Kommission

Ideen zur Reform der WTO: Internationales Forum als Garant weltweit geltender Handelsregeln für Unternehmen unerlässlich

Die Kommission hat am 18. September ein Konzeptpapier zur Modernisierung der Welthandelsorganisation (WTO) und zur Anpassung der internationalen Handelsregeln an die aktuellen und künftigen Herausforderungen der Weltwirtschaft vorgelegt. Nachdem die elfte Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation im Dezember 2017 in Buenos Aires wenig erfolgreich verlaufen war, standen bzw. stehen die Zukunft des Multilateralismus und die Funktionsfähigkeit der WTO weit oben auf der Prioritätenliste der EU. Neben der Bedeutung der inhaltlichen Verhandlungsergebnisse ist die Erhaltung der Rolle der WTO als internationales Verhandlungsforum sowie als Garant weltweit geltender Handelsregeln von großer Bedeutung. Die letztgenannte Funktion erfüllt die WTO durch ein einzigartiges **Streitbeilegungssystem**, das bei internationalen Handelsstreitigkeiten zwischen den WTO-Mitgliedern zur Anwendung kommt. Gerade diese zentrale Rolle wird von den USA derzeit gefährdet, da sich diese weigern, der Nachbesetzung vakanter Richterposten im Berufungsgremium des WTO-Streitschlichtungssystems zuzustimmen. **Das Konzeptpapier konzentriert sich daher vor allem auf drei Schlüsselbereiche:** die Aktualisierung des WTO-Regelwerks, die Stärkung der Überwachungsrolle der WTO und die Überwindung der drohenden Blockade des WTO-Streitbeilegungssystems. Die Kommission will ihre Vorschläge in den kommenden Wochen auch mit WTO-Partnern in unterschiedlichen Gremien diskutieren.



WTO Hauptgebäude in Genf © European Union, 2012

Aus Sicht der Wirtschaft bedarf es insbesondere eines verbindlichen Mechanismus, welcher die Funktionsfähigkeit der WTO-Streitbeilegung dauerhaft sichert. Nur eine uneingeschränkt funktionsfähige WTO sichert in Zeiten des verstärkten Protektionismus die Einhaltung von fairen Wettbewerbsbedingungen im internationalen Handel. Diese Rahmenbestimmungen sind für unsere Unternehmen – insbesondere für kleine und mittlere – die mit Drittstaaten Handel betreiben, im Sinne größerer Rechtssicherheit und Vorhersehbarkeit staatlicher Regelungen unverzichtbar.

Ansprechpartnerin: Sophie Windisch

Inhaltsverzeichnis

Wasserrahmenrichtlinie praxistauglicher gestalten

Die Europäische Kommission hat im Rahmen eines Fitness Checks die öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der Wasserrahmenrichtlinie gestartet. In der Richtlinie werden Umweltziele für die europäischen Oberflächengewässer und das Grundwasser festgelegt. Ziele der Richtlinie sind beispielweise der

Schutz der Gewässer, die Vermeidung einer Verschlechterung sowie der Schutz und die Verbesserung des Zustands der Gewässer. Im Rahmen des Fitness Checks soll nun geprüft werden, ob man die Regelwerke vereinfachen oder die mit ihnen verbundenen **Belastungen reduzieren** kann.

Knackpunkt einer möglichen Überarbeitung des Rechtsrahmens muss sein, den **Erfordernissen der Praxis** wieder gerecht zu werden. In den vergangenen Jahren führten insbesondere EuGH-Urteile (z.B. Weser Urteil **C-461/13**) zum Wasserrecht zu einer deutlichen **Verschärfung** der Maßstäbe bei wasserrechtlichen Vorhaben. Viele notwendige Projekte können nur noch als „Ausnahmen vom Verschlechterungsverbot“ zugelassen werden. Dadurch werden in letzter Konsequenz Projektwerber, die eigentlich bereit wären in Infrastruktur bzw. in eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung Europas zu investieren, abgeschreckt. **Im Rahmen einer Überprüfung des Rechtsrahmens sollte daher sichergestellt werden, dass auch weiterhin eine wirtschaftliche Entwicklung an europäischen Gewässern möglich ist.**

Die öffentliche Konsultation läuft bis 4. März 2019. Die Wirtschaftskammer Österreich wird sich daran beteiligen.

Ansprechpartnerin: **Barbara Lehmann**

Inhaltsverzeichnis



Neues aus dem Rat

Erneuerbare Energien – Österreichs Unternehmen als Spitzenreiter

Bei der informellen **Tagung** der europäischen Energieminister wurden u.a. die unter der österreichischen Ratspräsidentschaft angestrebten Fortschritte beim „**Clean Energy Package**“ diskutiert. Der Abschluss insbesondere der Dossiers zum **Strombinnenmarkt** gilt als eine der Prioritäten des Vorsitzes. Ein politisch sensibles Thema – umso mehr liegt es an der österreichischen Präsidentschaft, **tragfähige Kompromisse für einen sicheren Rechtsrahmen und Versorgungssicherheit** zu finden. Entscheidend ist dabei ein Level-Playing-Field für alle auf dem Markt tätigen Akteure.

Darüber hinaus stand bei der Tagung der Einsatz von Wasserstoff als zukunftsgerichtete Energieform auf der Tagesordnung. **Der österreichische Ratsvorsitz legte eine „Hydrogen Initiative“ vor, die von vielen Mitgliedstaaten und Stakeholdern unterzeichnet wurde.**

Im Zusammenhang mit der erfolgreichen Integration erneuerbarer Energien in das Energiesystem unterstrich WKÖ-Vizepräsidentin und UEAPME-Präsidentin Ulrike Rabmer-Koller anlässlich der hochrangigen **Konferenz** „Charge for change: Innovative Technologies for Energy-Intensive Industries“, die im Vorfeld des informellen Treffens der EU-Energieminister stattfand, dass **Win-Win Situationen zwischen Ökologie und Ökonomie möglich** sind. Gerade Österreichs KMU sind Innovationstreiber: Zielgerichtete Maßnahmen, um deren Forschungs- und Innovationspotential zu heben, sind ein wesentlicher Schlüssel für eine klimafreundliche Energiepolitik der Zukunft. Österreich hat – im Vergleich zu anderen europäischen Staaten – einen sehr hohen und weiter steigenden Anteil an erneuerbaren Energien. Die heimischen Unternehmen sind im Bereich der Umwelt- und Energietechnologien vielfach Weltmarktführer.

Ansprechpartnerin: **Barbara Lehmann**

Inhaltsverzeichnis



Neues aus dem Gerichtshof der EU

Urteil: Besonderer Risikoschutz für stillende Arbeitnehmerinnen, die teilweise nächtliche Schichtarbeit verrichten

Der EuGH entschied in der Rechtssache C-41/17, dass schwangere und stillende Schichtarbeiterinnen, die nur zum Teil Nachtdienst haben, als Nachtarbeiterinnen im Sinn der Richtlinie 92/85/EWG anzusehen sind. Durch die Richtlinien 89/391/EWG und 92/85/EWG ist festgelegt, dass stillende Arbeitnehmerinnen eine besondere **Risikogruppe** darstellen. Dementsprechend müssen Arbeitgeber bei bestimmten Tätigkeiten die möglichen Gefahren für diese Risikogruppe beurteilen und die nötigen Schutzmaßnahmen ergreifen. So darf bei Vorliegen eines ärztlichen Attests diese Gruppe von Arbeitnehmerinnen nicht zu Nachtarbeit verpflichtet werden.

Ausgangspunkt war die **Klage** einer spanischen Arbeitnehmerin, die erreichen wollte, dass ihr Arbeitsverhältnis während ihrer Stillzeit ruht und ihr eine nach spanischem Recht vorgesehene **Geldleistung wegen Risiken** gewährt wird. Die Sicherheitsbedienstete arbeitete in variablen achtstündigen Wechselschichten, von denen ein Teil in den Nachtstunden liegt. Ihrer Krankenkasse und ihrem Arbeitgeber zufolge würde das Stillen weder durch ihre Arbeitsbedingungen noch durch ihre Tätigkeiten beeinträchtigt. Der Fall gelangte schließlich im Wege des Vorabentscheidungsverfahrens zum EuGH.

Des Weiteren entschied der Gerichtshof, dass **Risikoprüfungen** am Arbeitsplatz die **individuelle Situation der betroffenen Arbeitnehmerin in Bezug auf die Auswirkungen auf ihre Gesundheit berücksichtigen müssen**. Außerdem geht beim Anschein einer Verletzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes von Männern und Frauen im Sinne der Richtlinie 2006/54/EG die Beweislast auf die angeklagte Partei über. Die Prüfung der genauen Umstände ist Sache des spanischen Gerichts.

Ansprechpartnerin: Claudia Golser

Inhaltsverzeichnis



Neues aus anderen Bereichen

Bessere Vernetzung zwischen Europa und Asien – Partnerschaftliche Kooperation auf Augenhöhe zum beiderseitigen Nutzen wichtig

Die Kommission veröffentlichte am 19. September eine Strategie für die **Förderung der Konnektivität zwischen Europa und Asien**. Die Vernetzung zwischen den beiden Partnern soll vor allem regelbasiert und nachhaltig sein und sich auf **drei Schlüsselbereiche** konzentrieren. Neben dem Ausbau von Verkehrsverbindungen und digitalen Netzen sollen vor allem auch Beziehungen zwischen den beiden Kontinenten durch Konnektivitätspartnerschaften verstärkt und vertieft sowie Investitionen durch den Einsatz nachhaltiger Finanzierungsinstrumente forciert werden. Die Strategie soll beim Asien-Europa-Treffen (ASEM-Gipfel) vom 18. bis 19. Oktober in Brüssel behandelt werden.

Die Verschiebung der internationalen Marktmacht von Europa und den USA Richtung Asien ist eine der größten Herausforderungen für unsere Unternehmen – die aber auch große Chancen mit sich bringt. Ziel ist die Positionierung Österreichs und der Europäischen Union als kompetente Partner in diesen Bereichen. Wesentlich für unsere Unternehmen ist, dass von allen Beteiligten partnerschaftliche Kooperationen auf Augenhöhe zum beiderseitigen Nutzen gelebt werden.



V.l.n.r.: Federica Mogherini, Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, und Violeta Bulc, für Verkehr zuständiges Mitglied der Europäischen Kommission, bei der Pressekonferenz zur Gemeinsamen Mitteilung "Europa und Asien verbinden - Bausteine für eine EU-Strategie".

Am 18. September veranstaltete die österreichische Ratspräsidentschaft gemeinsam mit dem EU-Sonderbeauftragten für Zentralasien sowie dem Europäischen Auswärtigen Dienst zudem eine **Konferenz** mit dem Titel „Private Sector Initiatives and Economic Diplomacy in Central Asia“. Ziel dabei war es, die Rolle der EU sowie der europäischen Privatwirtschaft für die Stärkung der EU-Zentralasien-Partnerschaft zu beleuchten. Die WKÖ war durch Michael Müller, der zwischen 2010 und 2018 Wirtschaftsdelegierter in Almaty war, vertreten. Dieser schilderte anhand seinen Erfahrungen vor Ort die wesentlichen Herausforderungen für Unternehmen in der Region.

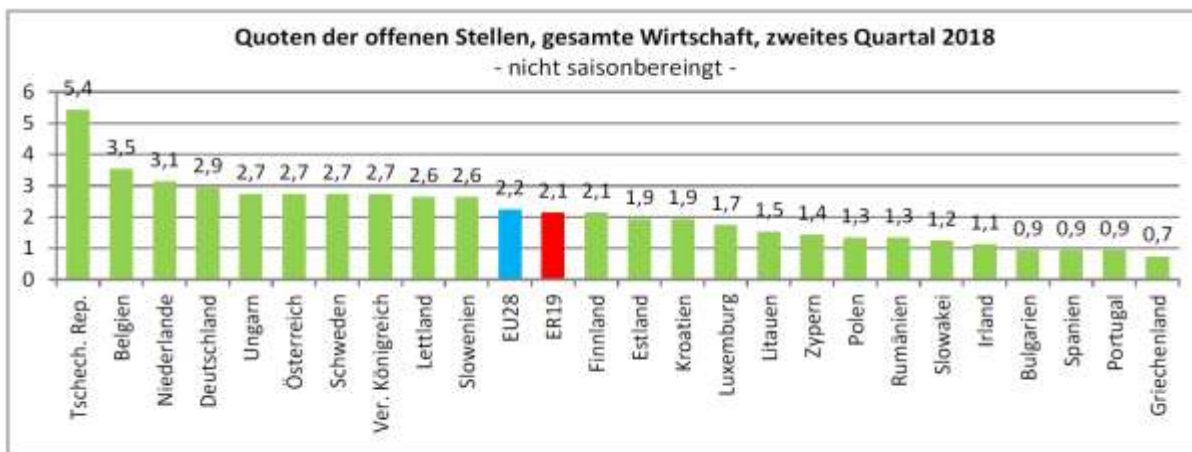
Ansprechpartnerin: **Sophie Windisch**

Inhaltsverzeichnis

Statistik der Woche

Österreich hat fünfthöchste Quote an freien Jobs in EU – WKÖ unterstützt Betriebe im Kampf gegen Fachkräftemangel

Neue **eurostat-Zahlen** belegen erneut das Problem **Fachkräftemangel**: Österreich hatte im zweiten Quartal 2018 mit 2,7 Prozent die fünfthöchste Quote an offenen Stellen in der EU. Der EU-Durchschnitt lag bei 2,2 Prozent, die Eurozone kam auf 2,1 Prozent. Im Euroraum betrug die Quote der offenen Stellen im zweiten



Dänemark, Frankreich, Italien und Malta: nicht aufgeführt, da die Daten nicht vollständig vergleichbar sind.

Quartal 2018 im Bereich Industrie und Baugewerbe 1,9 Prozent und im Dienstleistungsbereich 2,4 Prozent. In der EU28 machte sie im Bereich Industrie und Baugewerbe 2,1 Prozent und im Dienstleistungsbereich 2,5 Prozent aus.

Laut dem neuen **WKO Fachkräfte-Radar** leiden drei von vier heimischen Betrieben unter starkem Fachkräftemangel. Das hat große Auswirkungen auf die Innovationstätigkeit und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen. **Um den Bedarf an Fachkräften zu sichern, setzt sich die WKO aktiv für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen ein und unterstützt die Betriebe mit gezieltem Service.**

Ansprechpartnerin: **Verena Martelanz**

Inhaltsverzeichnis



„Verlässliche Verkehrssysteme für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft“ am 25. September in Wien

Die Abteilung für Rechtspolitik, die Stabsabteilung Wirtschaftspolitik und die Bundessparte Transport und Verkehr der Wirtschaftskammer Österreich laden am 25. September 2018 gemeinsam zu einer hochrangigen Konferenz mit dem Titel **„Verlässliche Verkehrssysteme für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft“** ein. Die Teilnehmer erwarten interessante Vorträge und Diskussionen über Möglichkeiten zu mehr Ausfallsicherheit in Mobilität, Transport und Infrastruktur über alle Verkehrsträger.



Die uneingeschränkte Verfügbarkeit unserer Verkehrssysteme und Infrastrukturen sehen wir heute als selbstverständlich an – dass diese aber verletzlich sind, erfahren wir nicht nur durch Ereignisse wie die Unterbrechung wichtiger Schienenverbindungen in Rastatt/Deutschland 2017 oder in der Luftfahrt durch den Ausbruch eines isländischen Vulkans 2010. Die vielfältigen Gefahren für das Verkehrssystem reichen von Naturgewalten, technischen Gebrechen, sozialen Faktoren bis hin zu strukturellen Überlastungen, etc. Im Rahmen der Veranstaltung zeigen Experten Optionen und Bewältigungsstrategien bei Ausfällen auf. Politische und europäische Perspektiven sowie verkehrsträgerspezifische und -übergreifende Herausforderungen werden beleuchtet.

Die Veranstaltung beginnt um 9.00 Uhr im Gebäude der Wirtschaftskammer Österreich, Wiedner Hauptstrasse 63, 1045 Wien (Julius-Raab-Saal). Die Teilnahme ist kostenlos, Anmeldungen sind noch per **E-Mail** möglich.

Inhaltsverzeichnis

Jobs + Jobs + Jobs

LISA sucht IT Officer und Senior IT Officer

Die Europäische Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (LISA) hat die Bewerbungsfristen für folgende Positionen verlängert:

IT Officer

Ref.: eu-LISA/18/TA/AD5/15.1

Bewerbungen sind noch bis zum 1. Oktober 2018 möglich, weitere Informationen sind [online](#) abrufbar.

Senior IT Officer

Ref.: eu-LISA/18/TA/AD7/16.1

Bewerbungen sind noch bis zum 1. Oktober 2018 möglich, weitere Informationen sind [online](#) abrufbar.

Schon gewusst?

Auch auf [wko.at](#) finden Sie regelmäßig topaktuelle Stellenangebote von EU-Institutionen und -Agenturen!

Inhaltsverzeichnis

EU-Agenda

Sitzung der Europäischen Kommission

In der kommenden Woche findet keine Kommissionsitzung statt.

Ausschüsse des Europäischen Parlaments

24. September Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz

Unlautere Handelspraktiken zwischen Unternehmen in der Lebensmittelversorgungskette

Sammelklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher

Förderung von Fairness und Transparenz für gewerbliche Nutzer von Online-Vermittlungsdiensten

24. September

Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt

Förderung von Fairness und Transparenz für gewerbliche Nutzer von Online-Vermittlungsdiensten

24. September

Ausschuss für Wirtschaft und Währung

Geld- und währungspolitischer Dialog mit Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank

Förderung der Nutzung von KMU-Wachstumsmärkten

Aufsichtsanforderungen an Wertpapierfirmen

Beaufsichtigung von Wertpapierfirmen

24. September

Ausschuss für Verkehr und Tourismus

Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe in der Europäischen Union: Zeit zu handeln!

Bericht über die Umsetzung der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 über den Schutz von Tieren beim Transport inner- und außerhalb der EU

24. September

Rechtsausschuss

Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden

Förderung von Fairness und Transparenz für gewerbliche Nutzer von Online-Vermittlungsdiensten

24. September

Ausschuss für Kultur und Bildung

Bildung im digitalen Zeitalter: Herausforderungen, Chancen und Erkenntnisse für die Gestaltung der EU-Politik

27. September

Ausschuss für internationalen Handel

Einfuhr von Kulturgütern

Blockchain - eine zukunftsorientierte Handelspolitik

Umsetzung des Handelsabkommens zwischen der Europäischen Union sowie Kolumbien und Peru

Aufteilung der Zollkontingente in der WTO-Liste der Union nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Union und Änderung der Verordnung (EG) Nr. 32/2000 des Rates

Inhaltsverzeichnis

Reise einer Ad-hoc Delegation nach Japan vom 18. bis 20. September 2018

Beschluss des Rates über den Abschluss des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen der Europäischen Union und Japan

WTO: Wie geht es weiter?

27. September Ausschuss für Verkehr und Tourismus

Einfuhr von Kulturgütern

Tagungen des Rates

27.-28. September Wettbewerbsfähigkeit

„Check-up“ der Wettbewerbsfähigkeit

Europas Industrie neu denken: Künstliche Intelligenz und Robotik

Umsetzung der Initiativen für elektronischen Handel und digitalen Binnenmarkt: Bestandsaufnahme und weiteres Vorgehen

Mitteilung: Ein den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gewachsener Einzelhandel

Inhaltsverzeichnis

Ausgewählte laufende Konsultationen

Europäische Nachbarschaftspolitik, EU-Erweiterung

Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der Unterstützung der EU für die Rechtsstaatlichkeit in den Nachbarschaftsländern und bei den Beitrittskandidaten und potenziellen Beitrittskandidaten (2010-2017)

11.06.2018 - 17.09.2018

Generalsekretariat der Europäischen Kommission

Öffentliche Konsultation zur Bestandsaufnahme des Konzepts der „besseren Rechtsetzung“ der Kommission

17.07.2018 - 23.10.2018

Öffentliche Konsultation zu einer neuen Online-Plattform für den öffentlichen Zugang zu Dokumenten der Kommission

29.06.2018 - 21.09.2018

Klimaschutz

Strategie für die langfristige Verringerung der Treibhausgasemissionen der EU

17.07.2018 - 09.10.2018

Maritime Angelegenheiten und Fischerei

Öffentliche Konsultation zu den EU-Vermarktungsnormen für Fischerei- und Aquakulturerzeugnisse
17.07.2018 - 09.10.2018

Steuern und Zollunion, Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU

Öffentliche Konsultation zur Bewertung der EU-Vorschriften für Drogenausgangsstoffe
23.07.2018 - 02.11.2018

Umwelt, Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU

Öffentliche Konsultation zur Regelung der Schnittstelle zwischen Chemikalien-, Produkt- und Abfallrecht
23.07.2018 - 29.10.2018

Umwelt, Chemikalien, Öffentliche Gesundheit, Wasserressourcen, Bodenqualität, Abfallvermeidung und Wiederverwertung

Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser
13.07.2018 - 19.10.2018

Fitness Check der Wasserrahmenrichtlinie und der Hochwasserrichtlinie
20.10.2018 - 17.11.2018

Unternehmen und Industrie, Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Binnenmarkt

Evaluierung der Tätigkeiten des Amtes der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO) im Bereich der Durchsetzung und der Europäischen Beobachtungsstelle für Verletzungen von Rechten des geistigen Eigentums (Verordnung (EU) Nr. 386/2012)
03.07.2018 - 02.10.2018

Inhaltsverzeichnis